

Ulrich Menzel

Von der Rentenökonomie zur Gewaltökonomie

Vorlage zum 17. Entwicklungspolitischen Fachgespräch der Society for International Development, Chapter Bonn am 28.11.2002

1) Anfang 1983 habe ich den Aufsatz "Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie" publiziert. 1991 folgten "Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie" sowie "Globale Sozialpolitik statt Entwicklungshilfe" mit dem Reizwort "Treuhandschaft". Der analytischen wie normativen Radikalisierung der Argumentation lag damals die Beobachtung zugrunde, daß die sog. Dritte Welt sich in vier Gruppen (Schwellenländer, Rentenökonomien - insbesondere Ölländer, "normale Entwicklungsländer", Armut- bzw. Katastrophenländer) teilt mit sehr unterschiedlichen Problemen, Interessenlagen, Perspektiven für die EZ. Dies hatte auch Konsequenzen für die Konstrukte "Dritte Welt" und "Nord-Süd-Konflikt" und ist ständige Herausforderung für entwicklungspolitische Großtheorien. Grundtenor meiner Argumentation damals war auch, daß ich die internen Ursachen der Entwicklungsproblematik (Rentenorientierung, Bodenverteilung, politische Systemmerkmale) gegenüber den externen Ursachen (Weltmarkt, Multis, IWF etc.) für vorrangig angesehen habe. Politische Konsequenz meiner Analyse war der Vorschlag, in den Katastrophenländern die EZ durch eine globale Sozialhilfe zu ersetzen und dieses (vorübergehend) durch eine Treuhandschaft abzusichern.

2) Heute gehe ich einen Schritt weiter. Nicht nur die vorgestellte Gemeinschaft "Dritte Welt" hat sich aufgelöst, sondern auch ganz real einzelne ihrer Bestandteile. Gemeint ist der Staatszerfall, die wachsende Zahl von Kriegen und Bürgerkriegen, das Verschwinden des staatlichen Gewaltmonopols, aber auch die wachsende Unklarheit, was in vielen postkolonialen und postsozialistischen Staaten tatsächlich vor sich geht (siehe z.B. die wachsende Zahl von Leerstellen in der internationalen Statistik). Die neue Begrifflichkeit lautet: failed states, neue terra incognita, die neuen Barbaren, Pandaemonium, the frontiers of anarchy, das neue Mittelalter, Jihad vs. McWorld, Globalisierung versus Fragmentierung etc. Dies hat zur Konsequenz, daß die Grenzen zwischen EZ, Katastrophenhilfe, humanitärer Intervention, peace keeping, peace making und peace enforcement fließend geworden sind, damit auch die Trennschärfe im Aufgabenbereich von AA, BMZ, Verteidigungs- und Innenministerium. Die o.g. Typologie muß

folglich um eine fünfte Kategorie der "Gewalt- oder Kriegsökonomien" erweitert werden. Der fünfte Typus nimmt quantitativ zu, wobei er schwerpunktmäßig in Zentralafrika (Kongo und seine Nachbarn), Westafrika, in Zentralasien (Afghanistan, ehemals zentralasiatische Sowjetrepubliken) und im Andenbereich (Kolumbien etc.) zu finden ist.

3) Zwei Gründe lassen sich für diese weitere Ausdifferenzierung anführen: (1) Das Ende des Ost-West-Konflikts hat zu einer Destabilisierung in weiten Teilen des Südens geführt, weil die politische Rente (Finanzhilfe, Militärhilfe) entfallen ist, weil die (politisch motivierte) Entwicklungshilfe reduziert wurde oder ganz weggefallen ist, weil die westlichen und östlichen Experten, Militärberater etc. abgezogen oder reduziert worden sind. (2) Der Verfall der kolonialen Hinterlassenschaften (Eisenbahnen, Hafenanlagen, Minen, Plantagen, Missionschulen und Missionsspitäler, Verwaltungsapparate) ist mittlerweile so weit fortgeschritten, daß auch die Renteneinkommen aus den klassischen Sektoren rückläufig sind. Die klassische EZ hatte also, wenn auch anders als eigentlich beabsichtigt, in ihrer Eigenschaft als Quelle von zusätzlichen Renteneinkommen durchaus stabilisierend gewirkt. Politische Auflagen bei der Mittelvergabe tragen in diesem Sinne, wenn sie zum Aussetzen der Hilfe führen, zur weiteren Destabilisierung bei.

4) Die neue Kriegszone, die neue terra incognita ist keineswegs durch völlige Anarchie gekennzeichnet. Dort haben sich neue Akteure etabliert, die durchaus zweckrational durch Einsatz von Gewalt neue Renteneinkommen erschließen, um politische oder wirtschaftliche Interessen zu bedienen. Dazu bedarf es der "Investition" in Gewaltapparate (Waffenimporte, Söldner, Kindersoldaten, etc.). Ethnonationalistische, ethnoreligiöse oder Stammeskonflikte lassen sich in diesem Sinne instrumentalisieren. Zu unterscheiden sind vier Typen neuer Akteure, die, obwohl sie unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen, sich gegenseitig ergänzen bzw. sogar aufeinander angewiesen sind:

(1) Rebellen, vielfach hervorgegangen aus früheren Befreiungsbewegungen, denen mit dem Zusammenbruch des Sozialismus der ideologische Bezugspunkt abhanden gekommen ist.

(2) Warlords, vielfach hervorgegangen entweder ebenfalls aus Befreiungsbewegungen oder aus rivalisierenden Teilen der Staatsklasse.

(3) Das Organisierte Verbrechen, das sich weltweit rekrutiert.

(4) International operierende terroristische Gruppen, die sich auch aus ehemaligen Befreiungsbewegungen rekrutiert haben können.

Auch wenn die Grenzen zwischen diesen vier Typen fließend sind, so lassen sie sich doch nach diversen Merkmalen klassifizieren. Rebellen und Terroristen haben eher politische Ziele, Warlords und Organisiertes Verbrechen verfolgen rein wirtschaftliche Interessen. Rebellen und Warlords ersetzen das staatliche Gewaltmonopol in ihrem Herrschaftsbereich, Terroristen und organisiertes Verbrechen operieren eher im Schatten eines bestehenden Gewaltmonopols. Rebellen und Warlords haben eine regionale Reichweite, Terroristen und Organisiertes Verbrechen operieren weltweit. In jedem Fall sind die Operationsgebiete grenzüberschreitend. Ressourcenbasis für alle vier Akteursgruppen ist die globale Schattenökonomie.

	Ziele/Interessen				
Reichweite		politisch	ökonomisch		Staatliches Gewaltmonopol wird
	regional	Rebellen	Warlords	ersetzt	
	global	Terrorismus	Organisiertes Verbrechen	genutzt	
		Globale Schattenökonomie			
	Ressourcenbasis				

Die Beziehungen zwischen den vier Akteursgruppen sind vielfältig. Rebellen, Warlords und Terroristen benötigen Waffen. Diese liefert ihnen das organisierte Verbrechen. Rebellen, Warlords und Terroristen müssen sich finanzieren. Die Einkommen entstehen durch die Kontrolle über die Schattenökonomie (Drogen, Diamanten, Elfenbein, Entführung, Erpressung) oder durch die sichtbare Ökonomie (Minen, Tropenwälder). Das organisierte Verbrechen braucht Kunden, nämlich Rebellen, Warlords und ggf. Terroristen. Partner sind aber auch Schweizer Banken, Bergbaukonzerne, Rüstungsfirmen, Sicherheitsfirmen, Regierungen sog. "Schurkenstaaten" wie Nordkorea, Irak, Libyen und notgedrungen sogar internationale Hilfsorganisationen bis hin zu Organisationen der EZ, die Schutzgeld zahlen, um helfen zu können. Terroristen und organisiertes Verbrechen benötigen aber auch selber Schutz und Rück-

zugsräume, die ihnen wiederum von Kriegsherren und Rebellenarmeen, ggf. auch "Schurkenstaaten" zur Verfügung gestellt werden.

Die Grenzen zwischen diesen Idealtypen sind fließend. Auch können die einzelnen Akteure ihren Charakter verändern. Aus Befreiungsbewegungen werden Warlords oder Terroristen. Hinzu kommt, daß auch die Grenzen zum legalen Staatsapparat fließend geworden sind und eine Mobilität in beide Richtungen zu beobachten ist. Rebellenarmeen werden in legale Armeen integriert und umgekehrt.

5) Die neuen Renteneinkommen haben drei Quellen: Das aus Krieg resultierende Elend, Katastrophen jedweder Art und internationale Schattenwirtschaft. Dabei handelt es sich im einzelnen um humanitäre Hilfe, Schutzgeld, Drogenanbau, Waffenhandel, Schmuggel, Problemüll, Organhandel, neue Formen der Sklaverei, Menschenschmuggel, Geldwäsche etc. Das Volumen der internationalen Schattenwirtschaft beträgt schätzungsweise 800-1500 Milliarden US \$ oder 14-27 Prozent des Welthandels. Um aus Elend bzw. Schattenwirtschaft eine Rente ziehen zu können, bedarf es wie bei den klassischen Renten der politischen Kontrolle rententrächtiger Ressourcen, also der grenzüberschreitenden Zonen der neuen terra incognita. Wie in den klassischen Rentenstaaten gibt es auch hier Kämpfe, wer die neuen Zonen kontrolliert. Damit verlagern sich auch die ökonomischen Außenbeziehungen von der formellen auf die informelle Ebene in Richtung globale Schattenwirtschaft und organisiertes Verbrechen. Es etabliert sich ein globaler informeller Sektor. Die ausländischen Partner sind Waffenhändler, Diamantenkonzerne, Müllhändler, Drogenmafia, Schlepperbanden, Söldnerfirmen, Schweizer Nummernkonten. Auf politischer Ebene tritt die Kooperation mit den "Schurkenstaaten". Die Systemmerkmale dieses erweiterten Spektrums von "Dritter Welt" lassen sich idealtypisch folgendermaßen beschreiben.

		Politisches System				
ökonomisches System		Rechtsstaat staatl. Gewalt- monopol	Autokratie schwacher Staat	"Failed State" Kriegszone		Weltwirt- schaftlicher Bezug
	Markt- wirtschaft (Schwellen- länder)	(1) Profit	(2)	(3)	Ex- und Im- port von Kapital- und Massenkon- sumgütern	
	Renten- ökonomie (OPEC)	(4)	(5) Rente aus Bergbau, Öl, Landwirt- schaft, Außenhandel, EZ	(6)	Export Primärgüter Import Luxusgüter	
	Gewalt- ökonomie (Kongo) etc.	(7)	(8)	(9) Rente aus Katastro- phenhilfe, Drogenan- bau, Diamanten, Schutzgeld etc.	Export Drogen etc. Import Waffen	
		Anschluß an OECD Welt durch APEC, ASEM, WTO	Organisationen im Rohstoff- sektor durch OPEC etc. klassischer Nord-Süd- Konflikt	Kooperation mit "Schur- kenstaaten"		
		Weltpolitische Konsequenzen				

6) Die Konsequenz für die klassische EZ lautet, daß sie in den Kategorien (1) (nicht mehr nötig), (5) (zusätzliches Renteneinkommen mit unerwünschten Effekten) und (9) (keine Partner vorhanden) zur Disposition steht. Die Konsequenzen für die Länder des Nordens ist im Falle von (1) Verdrängungswettbewerb, im Falle von (5) globale Umverteilung von Renten und im Falle von (9) neuer Interventionismus. Bevor die EZ in der Kriegszone der failed states überhaupt wieder betrieben werden kann, sind politische, wirtschaftliche und ggf. sogar militärische Maßnahmen zu ergreifen, um das Netzwerk der vier genannten Gewaltakteure zu zerreißen. Dazu gehören:

- Austrocknen der ökonomischen Basis, also konsequentes Vorgehen gegen Geldwäsche, Drogenhandel, Menschenhandel etc.
- In letzter Konsequenz würde das sogar bedeuten, die humanitäre Hilfe einzustellen, da sie ein wesentlicher Anlaß für die Inszenierung von Gewaltmärkten ist. Hier gerät man allerdings in einen ethnischen Grenzbereich.
- Unterbinden des militärischen Nachschubs, also konsequentes Vorgehen gegen Waffenhandel
- Politischer Druck auf "Schurkenstaaten", soweit sie als offene oder heimliche Unterstützer fungieren
- politische Stabilisierung der Kriegszonen durch alle Arten von Interventionen (Mediation, Peace-Keeping etc.)
- Humanitäre Intervention, ggf. mit "robuster" militärischer Komponente. Doch dieses ist nicht beliebig und weltweit machbar
- Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols durch Unterstützung beim Staatsaufbau, Einsatz von Polizeikräften, etc.
- Druck auf Bergbau-, Öl- und andere Konzerne, Schweizer Banken etc., die Kooperation mit Kriegsherren zu unterbinden
- Umwidmung der Haushalte der EZ in Richtung humanitäre Hilfe einerseits und peace-keeping/making andererseits.

Insofern ist im Falle der failed states auch der Begriff Treuhandschaft in einem umfassenderen Sinne zu verstehen, als er vor gut zehn Jahren von mir vorgeschlagen wurde.

Literatur

Bayart, Francois/Ellis, Stephen/Hibou, Beatrice, *The Criminalization of the State in Africa*. Oxford 1999.

Bollig, Michael, Die Gewalt und die Geschäfte der afrikanischen Warlords. In: *Frankfurter Rundschau*, 9.1.2001. S. 7.

Couvrat, Jean-Francois/Pless, Nicolas, *Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft*. Münster; Westfälisches Dampfboot 1993.

Elwert, Georg, Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Trutz von Trotha (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt*. = *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 37, 1997. S. 59-85.

Elwert, Georg, Gewaltmärkte und Entwicklungspolitik. In: *Wissenschaft und Frieden* 19.2001,3. S. 12-16.

Hein, Wolfgang, Die "Dritte Welt" seit 50 Jahren: Aufstieg und Fall eines politischen Begriffs. In: *Nord-Süd aktuell* 14.2000,4. S. 619-644.

Henriksen, Thomas H., The Rise and Decline of Rogue States. In: *Journal of International Affairs* 54.2001,2. S. 349-373.

Kaplan, Robert D., *The Ends of the Earth. From Togo to Turkmenistan, from Iran to Cambodia. A Journey to the Frontiers of Anarchy*. New York: Vintage Books 1996.

Lock, Peter, Sicherheit à la Carte? Entstaatlichung, Gewaltmärkte und die Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols. In: Tanja Brühl u.a. (Hrsg.), *Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozeß*. Bonn: Dietz 2001. S. 200-229.

Mair, Stefan, *Die Globalisierung privater Gewalt. Kriegsherren, Rebellen, Terroristen und organisierte Kriminalität*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2002.

Menzel, Ulrich, Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 24.1983,1, S. 31-59.

Menzel, Ulrich, *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*. Frankfurt: Suhrkamp 1992. 4. Aufl. 1997.

Menzel, Ulrich, Der Zerfall der postkolonialen Staaten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B18-19/2001. S. 3-5.

Menzel, Ulrich, Das Ende der einen Welt und die Lehren für die Entwicklungspolitik. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 25.2002,3. S. 6-12.

Münkler, Herfried, Die neuen Kriege. Reinbek: Rowohlt 2002.

Rufin, Jean-Christophe, Das Reich und die neuen Barbaren. Berlin: Volk und Welt 1991.

Schiefer, Ulrich, Afrika – Entwicklung oder Zusammenbruch? Dissipative Ökonomie als Erklärungsansatz. In: Entwicklung und Zusammenarbeit 40.199,9. S. 241-243.

Schlichte, Klaus/Wilke, Boris, Der Staat und einige seiner Zeitgenossen. Zur Zukunft des Regierens in der "Dritten Welt". In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7.2000,2. S. 359-384.